

QUARTALSBERICHT

Projektland: Indonesien

Quartal/Jahr: I/2011

SCHLAGZEILEN

1. **Innenpolitik**
 - a. **Weiterhin inter- und intrareligiöse Spannungen**
 - b. **Armutsbekämpfung gerät ins Stocken**
 - c. **Zunehmende Korruption auf allen Regierungsebenen**
2. **Außenpolitik**
 - a. **Indonesien übernimmt ASEAN-Vorsitz**
 - b. **Wikileaks-Depeschen sorgen für Verstimmungen in den US-indonesischen und indonesisch-australischen Beziehungen**
3. **Wirtschaft**
 - a. **Positive Wachstumszahlen der wirtschaftlichen Entwicklung**
 - b. **Pläne für Atomkraftwerke**
 - c. **Steigendes Kreditrating und steigende Direktinvestitionen**
4. **Sonstiges**
 - a. **Zukunftsrisiken durch Bevölkerungswachstum**
 - b. **Chaos im indonesischen Fußballverband führt zu Demonstrationen**

INNENPOLITIK

Weiterhin inter- und intrareligiöse Spannungen

Auch im Jahr 2011 sind die Schlagzeilen der englischsprachigen Zeitungen des Landes geprägt von religiös motivierten Übergriffen. Weiterhin sind religiöse Minderheiten die Leidtragenden. Wie schon im vergangenen Jahr sind Mitglieder der Jemaat Ahmadiyah dabei das Hauptziel der radikal-religiösen Attacken. Bei der Ahmadiyah handelt es sich um eine islamische Glaubensgemeinschaft, die sich als islamische Reformbewegung versteht. Insbesondere konservative Muslime betrachten deren Lehren jedoch als Ketzerei.

Anfang des Jahres wurde eine Ahmadiyah-Gemeinde in Zentral-Java von ca. 1.500 radikalen Muslimen angegriffen. Bei diesem Übergriff starben mindestens drei

Hanns-Seidel-Stiftung, Quartalsbericht, Indonesien, I/2011

Ahmadis, weitere wurden schwer verletzt. Besondere Aufmerksamkeit erlangte dieser Zwischenfall, nachdem auf der Online-Videoplattform YouTube ein Video erschien, welches die grausame Hinrichtung der Gläubigen und die Untätigkeit der anwesenden Polizisten dokumentierte. Als Drahtzieher dieses Vorfalls wird die *Islamische Verteidigungsfront (FPI)* vermutet, ein offizielles Bekenntnis liegt allerdings bislang nicht vor.

Im Zusammenhang mit diesen Übergriffen forderte Staatspräsident Susilo Bambang Yudhoyono (SBY) die Auflösung radikaler Massenorganisationen. Tatsächlich jedoch wurden in mehreren Provinzen und Distrikten Indonesiens Gesetze erlassen, die die freie Religionsausübung der Jemaat Ahmadiyah stark einschränken. Auch konnten radikale Gruppierungen weiterhin für ein generelles landesweites Verbot dieser Glaubensgemeinschaft demonstrieren.

Die Provinz- und Distriktverordnungen gegen die Jemaat Ahmadiyah werden von vielen Seiten kritisiert, da sie unter anderen gegen die in der nationalen Verfassung verankerte Freiheit der Religionsausübung verstoßen. Auch von ausländischer Seite regt sich Protest. So forderten 27 Abgeordnete des US-Kongresses in einem Schreiben an Präsident SBY die Aufhebung des Verbots der Ahmadiyah-Gemeinschaft in mittlerweile drei indonesischen Provinzen. Dieses Vorgehen verstoße gegen die Menschenrechte. Konkrete Lösungsansätze von Seiten der Regierung, wie mit der Ahmadiyah-Glaubensgemeinschaft umzugehen sei, sind jedoch weiterhin nicht zu erkennen.

Neben diesen innerislamischen Übergriffen kam es auch zu Gewalt zwischen den Religionen. So wurden in Temanggung in Zentral-Java drei Kirchen und ein Gerichtsgebäude von radikalen Islamisten verwüstet und in Brand gesetzt. Ausschlaggebend dafür war die Urteilsverkündung des lokalen Gerichts gegen einen Christen. Dieser wurde wegen Blasphemie gegenüber dem Islam zu fünf Jahren Haft verurteilt. Die Islamisten hatten die Todesstrafe gefordert. Diese ist allerdings bei einem solchen Vergehen nach dem indonesischen Strafgesetzbuch nicht vorgesehen. Menschenrechtsaktivisten und internationale NRO kritisierten die Unverhältnismäßigkeit zwischen gegen Muslime und Nicht-Muslime verhängter Gerichtsurteile. So wurden beispielsweise FPI-Mitglieder nach einem Angriff auf eine protestantische Kirche, wobei zwei Menschen schwer verletzt wurden, zu je sechs Monaten Haft verurteilt, während bei oben geschildertem Fall eines Christen die gesetzliche Höchststrafe von fünf Jahren verhängt wurde.

Im Zusammenhang mit der von islamistischen Gruppierungen ausgehenden steigenden Gewalt fiel in der indonesischen Presse der Begriff einer „Pakistanisierung Indonesiens“. Dies zeigt die auch öffentlich wahrnehmbare Tatenlosigkeit der indonesischen Regierung bei Gewalttaten islamistischer Extremisten auf. Historisch gesehen begann die Radikalisierung Pakistans mit dem Verbot der Ahmadiyah-Glaubensgemeinschaft und führte zu den bekannten Terrorattentaten extremer Gruppierungen bis auf den heutigen Tag, die dieses Land zerrütten. Ähnlich wie in Pakistan vertritt jedoch die breite Bevölkerung in Indonesien eine moderate Auffassung von Islam und steht der Gewalt ablehnend gegenüber.

Armutsbekämpfung gerät ins Stocken

Laut einer Veröffentlichung des statistischen Amtes (BPS) scheinen die ehrgeizigen Ziele der Regierung zur Armutslinderung nicht realisierbar. So war die Senkung des prozentualen Anteils von Personen unterhalb der Armutsgrenze im Zeitraum von 2004 bis 2014 um mindestens acht Prozent geplant. Bisher ist allerdings lediglich die Senkung von 16,7% im Jahr 2004 auf 13,3% im Jahr 2010 gelungen. Dies bedeutet eine Senkung der Armutsquote in der Gesamtbevölkerung um 3,4% innerhalb von sechs Jahren. Zur Einhaltung der zu diesem Zeitpunkt als zu ehrgeizig eingeschätzten Ziele bis 2014 wäre eine weitere Senkung um acht Prozent notwendig. Ein solcher Rückgang ist aber kaum zu bewerkstelligen, wenn man das hohe Bevölkerungswachstum besonders bei der armen Bevölkerungsgruppe betrachtet. Diese Entwicklung verdeutlicht, dass die Steigerung der Finanzmittel zur Armutsbekämpfung von rund 2 Mio. USD auf 9 Mio. USD nicht zu dem gewünschten Ziel geführt hat und der Kampf gegen die Armut weiterhin eher schleppend verläuft. Volkswirtschaftler sehen das Hauptproblem darin, dass die Regierung sich eher an makroökonomischen Vorgaben orientiert und nicht die Bedürfnisse der armen Bevölkerung berücksichtigt. Aufgrund dieser ineffizienten Herangehensweise vergrößert sich demnach die Schere zwischen arm und reich weiter.

Zunehmende Korruption auf allen Regierungsebenen

Verschiedene NRO, die sich mit Korruption in Indonesien beschäftigen, schlagen Alarm: So wurden im letzten Jahr in 17 der 33 Provinzen die Gouverneure der Korruption verdächtigt bzw. überführt. Hinzu kommen hunderte von Führungspersonlichkeiten der unteren Verwaltungsebenen, die ebenfalls in Korruptionsaffären verwickelt sind. Hauptursachen der wachsenden Korruption sind die intransparenten Verwaltungsabläufe in der indonesischen Bürokratie sowie der daraus resultierende Amtsmissbrauch durch Vertreter der Exekutive und der politischen Parteien. Laut einem Bericht von *Transparency International Indonesia* (TII) werden bei Wahlen auf Provinz- und Distriktebene systematisch Wählerstimmen „erkauft“. Weiterhin bestehen enge finanzielle Verbindungen zwischen politischen Parteien und Hintermännern aus der Geschäftswelt. Letztere machen zunehmend ihren Einfluss bei der Vergabe von Bauprojekten geltend.

Prominentestes Beispiel für einen systemimmanenten Korruptionsskandal ist der Fall des einfachen Steuerbeamten Gayus Tambunan, der über Wochen die Schlagzeilen der Medien prägte. Gayus Tambunan diente als Mittlerperson für die Verteilung von Korruptionsgeldern an seine Vorgesetzten. Die illegalen Geldzahlungen in Höhe von mehreren Millionen USD wurden von verschiedenen nationalen und internationalen Firmen getätigt, um die jeweilige Steuerlast zu senken. Insgesamt entstand dem Staat ein Steuerverlust von ca. 170 Mio. USD. Für diese Mittlerrolle wurde Gayus Tambunan zu einer Freiheitsstrafe von sieben Jahren verurteilt, wobei die Staatsanwaltschaft 20 Jahre Haftstrafe forderte. Die Identität der eigentlichen Empfänger der Korruptionsgelder, die sich wahrscheinlich aus Führungspersonen in Verwaltung, Polizei und Regierung zusammensetzen, wurde allerdings nicht aufgedeckt. Diese blieben vor gerichtlicher Verfolgung verschont. Die Brisanz dieses Falles wird dadurch deutlich, dass der Verurteilte während seiner Untersuchungshaft mit Hilfe eines gefälschten Reisepasses verschiedene Länder Südostasiens besuchte. Diese Reisen erfolgten

wahrscheinlich, um die Korruptionsgelder, die auf verschiedenen internationalen Bankkonten deponiert wurden, an die Empfänger auszuzahlen.

AUSSENPOLITIK

Indonesien übernimmt ASEAN-Vorsitz

Mit dem Übergang zum Jahr 2011 übernahm Indonesien turnusgemäß den Vorsitz im Südostasiatischen Staatenverbund ASEAN unter dem Motto: „Die ASEAN-Gemeinschaft in der Weltgemeinschaft der Nationen“.

Dieses Motto umschreibt die ehrgeizigen Ziele dieses Zusammenschlusses und den Wunsch nach einer festen Position in der internationalen Staatengemeinschaft. Bis zum Jahr 2015 plant die ASEAN eine Region nach Vorbild der Europäischen Union zu schaffen. Dies soll über die Etappenziele der wirtschaftlichen Integration, der Verbesserung der Lebensbedingungen und der friedlichen Koexistenz zwischen den Mitgliedsländern erreicht werden. Als besondere Hürde für ein weiteres Zusammenwachsen der ASEAN stellt dabei bis heute das Gebot der Nicht-Intervention in innere Angelegenheiten der Mitgliedstaaten dar.

Die immer wieder aufflackernden Grenzstreitigkeiten zwischen Thailand und Kambodscha machen diese Problematik besonders deutlich. Der Konflikt, in dem es zuletzt im Februar dieses Jahres zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen thailändischen und kambodschanischen Militärs kam, entzündet sich an der Frage um die territoriale Zugehörigkeit des Hindu-Tempels Preah Vihear. Dieser Tempel ist von religiös-kultureller Bedeutung für beide Länder. Indonesien hat sich als Mediator in den Konflikt eingeschaltet und unbewaffnete Soldaten als Beobachter in die Region entsandt. Diese Sprachregelung unterstreicht die Eigenständigkeit Thailands und Kambodschas. So sprach auch der thailändische Außenminister, Kasit Piromya, in diesem Zusammenhang von einer Schiedsrichterrolle Indonesiens auf dem Spielfeld der ASEAN.

Wikileaks-Depeschen sorgen für Verstimmungen in den US-indonesischen und indonesisch-australischen Beziehungen

Laut internen Dokumenten, die auf der Internetplattform *Wikileaks* veröffentlicht wurden, äußerten US-Vertreter die Vermutung, dass die Korruption in der indonesischen Regierungsspitze und in der Justiz weit verbreitet ist. Den Dokumenten zufolge soll sich Präsident SBY persönlich bei Staatsanwälten und Gerichten für Koalitionspartner und befreundete Politiker eingesetzt haben und auch die Dienste des indonesischen Geheimdienstes BIN in Anspruch genommen haben. Dies gilt insbesondere für einen Korruptionsfall in der indonesische Zentralbank (Bank Indonesia), bei dem Aulia Pohan, ein stellvertretender Gouverneur dieser Bank und Verwandter des Präsidenten, verwickelt war. Um eine Verurteilung von Aulia Pohan zu verhindern, soll der Präsident umfangreiche Bestechungsversuche durchgeführt haben. Die Diplomatendepeschen wurden von zwei australischen Zeitungen (*The Sydney Morning Herald* und *The Age*) veröffentlicht und sorgten für eine erhebliche Verstimmung in der indonesischen Regierung.

Im Anschluss daran zitierte der indonesische Außenminister Natalegawa den US-Botschafter Marciel ins Außenministerium, um seinen Protest zu übermitteln. SBY sieht hinter den Vorkommnissen vor allem eine Verschwörung der australischen Medien, die versuchten, seinen Ruf zu schädigen. Wenige Tage nach der

Veröffentlichung der Geheimdokumente kündigte ein Regierungssprecher an, die Rindfleischimporte aus Australien zu senken, um die inländische Produktion zu stärken.

WIRTSCHAFT

Positive Wachstumszahlen der wirtschaftlichen Entwicklung

Der indonesische Vize-Präsident Boediono wagte die Prognose, dass unter gewissen Voraussetzungen in Indonesien ein Wirtschaftswachstum von bis zu 8% für 2011 möglich sei. Offizielle Berechnungen beziffern das mögliche Wachstum dagegen nur auf 6,4%. Boediono begründet seine Einschätzung mit den erhofften Wirkungen geplanter Entwicklungsprogramme in der Infrastruktur. Besonders in der Hauptstadt Jakarta haben in den letzten Jahren viele Investoren ihre Projekte aufgrund der mangelhaften Infrastruktur dieser zwölf Millionen Stadt zurückgezogen. Aus diesem Grunde wurden erhebliche Mittel zur Verbesserung der städtischen Infrastruktur bereitgestellt, um das Interesse von Investoren zu wecken. Präsident SBY stellte in diesem Zusammenhang im Februar dieses Jahres den neuen „Nationalen Masterplan 2011 bis 2015“ für Jakarta vor, der massive Investitionen in diesem Bereich vorsieht. Dies ist auch dringend notwendig, da die Anzahl der neu zugelassenen PKW jährlich um mindestens 15% steigt. Experten prognostizieren, dass nach derzeitigem Stand im Jahr 2012 mit einem totalen Zusammenbruch des städtischen Straßenverkehrs zu rechnen ist.

Ein weiterer Schwerpunkt der staatlichen Investitionen soll der Ausbau und die Intensivierung der Agrarwirtschaft sein. Besonderes Augenmerk soll hier auf die Reisproduktion gelegt werden. Aufgrund wetterbedingter Missernten war Indonesien im letzten Jahr dazu gezwungen zusätzlich Reis zu importieren um die Binnen- nachfrage zu decken. Die geplanten Investitionen sollen dazu dienen, dass Indonesien ab dem Jahr 2011 wieder unabhängig von Reimporten wird.

Trotz dieser Probleme ist die indonesische Wirtschaft wie gewohnt durch eine starke Binnennachfrage geprägt, die aufgrund eines gesteigerten Pro-Kopf-Einkommens in den nächsten Jahren weiter zunehmen wird. Nach der Statistik-Behörde BPS ist das Einkommen pro Kopf im Jahr 2010 um 13% gestiegen. Dies betrifft vor allem die Bevölkerung der zentralen Inseln Java und Sumatra, während auf den äußeren Inseln Indonesiens das Pro-Kopf-Einkommen eher stagnierte.

Daneben konnte der indonesische Außenhandel im Jahr 2010 zum ersten Mal nach der Finanzkrise im Jahr 2009 wieder expandieren. Die Exporte stiegen um rund 35% auf 157,7 Mrd. USD. Dies ist vor allem auf die Ausfuhr von Rohstoffen zurückzuführen. Die Importe stiegen im gleichen Zeitraum um mehr als 40% an. Wichtigste Importgüter waren hierbei Maschinen und Anlagen. Der Gesamtlieferanteil der Europäischen Union fiel von 11 auf 9% und war nur halb so hoch wie der Anteil der Volksrepublik China. Der deutsche Marktanteil sank dementsprechend.

Pläne für Atomkraftwerke

Trotz der aktuellen Schreckensmeldungen und einer sich anbahnenden nuklearen Katastrophe in Japan ist die Planung zum Bau eines ersten Atomkraftwerkes in Indonesien in vollem Gange. Demnach soll bis zum Jahr 2016 der erste Meiler ans Netz gehen. Bis 2022 sollen drei weitere Einheiten folgen. Der ursprüngliche Standort für das erste Kraftwerk in Zentral-Java wurde allerdings aufgrund von Protesten der

größten islamischen Massenbewegung in Indonesien, der Nahdlatul Ulama, von der Regierung aufgegeben. So sprachen schon im Jahr 2007 islamische Gelehrte einen Beschluss (Fatwa) aus, der sich gegen den Bau von Atomanlagen richtet. Grundlage dafür war die Einholung von Expertise von Wissenschaftlern und Umweltschützern, die zu dem Schluss führte, dass Atomkraft nicht kalkulierbare Risiken beinhalte und damit verboten werden müsse. „Wir bezweifeln vor allen Dingen, dass der Betreiber in der Lage sein wird, die Anlage sicher zu unterhalten“, zitierte die auflagenstärkste englisch-sprachige Tageszeitung *Jakarta Post* damals einen der islamischen Geistlichen. Auch nationale NRO aus dem Bereich Umweltschutz weisen auf die Risiken der Atom-energie hin und fordern eine stärkere Orientierung in Richtung der Entwicklung erneuerbarer Energien, wie beispielsweise geothermaler Anlagen oder der Nutzung von Sonnenenergie. Für beide Technologien hat Indonesien sehr gute Standort-voraussetzungen.

Steigendes Kreditrating und steigende Direktinvestitionen

Die Kreditrating-Agentur Fitch erhöhte Anfang des Jahres 2011 das Kreditrating von Indonesien von „BB+ stabil“ auf „BB+ positiv“. Diese Aufwertung ist auf die positive Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Eckdaten dieses Landes zurückzuführen. Hierzu gehören die positive Haushaltsbilanz, die steigende Devisenreserve sowie die positive wirtschaftliche Entwicklung. Diese Aufwertung wird auch durch die Zunahme der Direktinvestitionen durch internationale Unternehmen unterstrichen. Die Regierung fördert ausländische Investitionen durch gewisse Steueranreize und plant eine Steigerung der Neuansiedlungen um 15%. Besonders im Automobilsektor sind große Projekte internationaler Produzenten geplant. Dies gilt insbesondere für den Automobilsektor, in dem der deutsche Marktführer Mercedes-Benz weitere Investitionen tätigen will, um die Marktanteile in der gehobenen Pkw-Klasse weiter auszubauen. Nach Aussagen des deutschen Managers von Mercedes Benz soll der Marktanteil dieses Unternehmens in der gehobenen Pkw-Klasse von 67,5 auf 70% gesteigert werden. Die Tochterfirma Daimler AG, die sich auf die Sparte der Nutzfahrzeuge spezialisiert hat, plant ebenso eine Steigerung des Marktanteils. Das Unternehmen will bis Ende des Jahres 50% des Gesamtabsatzes in dieser Sparte erreichen.

SONSTIGES

Zukunftsrisiken durch Bevölkerungswachstum

Prognosen der Behörde für nationale Familienplanung (Badan Koordinasi Keluarga Berencana Nasional/BKKBN) haben im Berichtszeitraum für Aufsehen gesorgt. Danach bestehen in Indonesien mittel- bis langfristig enorme Probleme mit der rasanten Bevölkerungsentwicklung. Bei einer Wachstumsrate von jährlich rund 1,5% wird in weniger als 50 Jahren die Gesamtbevölkerung dieses Landes auf mehr als 500 Millionen Menschen anwachsen.

Diese Entwicklung wird nach Aussage von Wissenschaftlern des staatlichen Wissenschaftsinstituts LIPI zu verstärkter Land-Stadt Migration führen, und damit die bereits problematische Wohnsituation in Großstädten weiter verschlechtern. Es besteht die Gefahr der Slum-Bildung sowie eines Verteilungskampfes um die Nutzung knapper Ressourcen wie beispielsweise Trinkwasser.

Chaos im indonesischen Fußballverband sorgt für Demonstrationen

Die Situation des nationalen Fußballverbandes (*PSSI*) in Indonesien sorgte im gesamten Land für Aufsehen und teilweise zu gewaltsamen Straßendemonstrationen. So wurde der amtierende Vorsitzende Nurdin Halid, der seit 2003 dieses Amt besetzt, bereits viermal wegen Korruptionsvergehen zu Gefängnisstrafen verurteilt, die auch während seiner Amtszeit durchgeführt wurden. Laut den Statuten der internationalen Fußballföderation *FIFA* muss allerdings ein vorbestrafter Vorsitzender eines nationalen Fußballverbandes sein Amt niederlegen.

Nurdin plant nun entgegen der Warnungen der *FIFA* erneut eine Kandidatur und riskiert damit einen Ausschluss Indonesiens aus der weltweiten Fußballgemeinschaft, was auch zum Ausschluss an internationalen Wettbewerben führen würde. Um diese Problematik abzuwehren, stellten sich nun mit Unterstützung des Ministers für Jugend und Sport, Andi Mallarangeng, zwei weitere Kandidaten für den Vorsitz auf. Es kam zu einem Machtkampf zwischen den Unterstützern und Gegnern des Vorsitzenden Nurdin, der auf Druck der *FIFA* positiv gelöst werden konnte. So zog Nurdin seine Kandidatur zurück. Derzeit bereitet eine unabhängige Kommission die Neuwahl der Vorsitzenden der *PSSI* vor.

Dr. Ulrich Klingshirn

Der Autor ist Leiter der Vertretung der Hanns-Seidel-Stiftung in Jakarta, Indonesien.

IMPRESSUM

Erstellt: 20.04.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: ijz@hss.de | www.hss.de